

dem die Stadtregierung Beijing, die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Wirtschaftskommission, das Umwelt- und Finanzministerium und andere Behörden vertreten sind. Hauptaufgaben des Komitees sind die Aufstellung mittelfristiger und jährlicher Pläne sowie die Organisation und Koordinierung der städtebaulichen Maßnahmen (RMRB, 3.8.83). Einzelheiten des Plans veröffentlichte die Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom 3.8.83. Die vorgesehenen Maßnahmen reichen von Stadtplanung einschließlich Denkmalschutz, Sanierung und Modernisierung bis hin zu Umweltschutz und Bevölkerungskontrolle. So soll beispielsweise das gesamte Gebiet der ehemaligen Kaiserstadt, das etwa fünfmal größer als die ehemalige Verbotene Stadt ist, unter Denkmalschutz gestellt werden mit der Bestimmung, daß hier nur Häuser mit nicht mehr als zwei Stockwerken gebaut werden dürfen. Am Tiananmen-Platz und an der Changan-Straße sollen weitere Regierungsgebäude erbaut werden. Die Straße nördlich der Verbotenen Stadt soll in eine Kulturstraße umgewandelt werden mit Museen und ähnlichen Gebäuden. Die Liulichang-Straße, das Zentrum der Gallerien und Antiquitätenläden, wird restauriert. Historische Bauwerke sollen geschützt und weitere Grüngürtel angelegt werden. Die Einkaufs- und Dienstleistungszentren Qianmen, Wangfujing und Xidan sollen verbessert und erweitert werden, desgleichen die Verkehrswege. Fabriken sollen an den Stadtrand verlegt und die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 auf 10 Millionen beschränkt werden.

Eine vernünftige Stadtplanung, verbunden mit gewissenhaftem Denkmalschutz, ist für Beijing dringend erforderlich; allerdings wird es schwer sein, die sich zu meist widersprechenden Interessen zwischen Modernisierung der Stadt und Bewahrung der historischen Substanz in Einklang zu bringen. Angesichts der Fehler der Vergangenheit sollten die Verantwortlichen jedoch gelernt haben, behutsamer vorzugehen.

-st-

VERTEIDIGUNG

(27) Erneute Flucht eines VBA-Piloten nach Südkorea

Am 7. August 1983 ist erneut einem Piloten der Luftwaffe der Chinesischen Volksbefreiungsarmee die Flucht mit einer Militärmaschine

nach Südkorea gelungen. Es handelte sich um den 46jährigen VBA-Testpiloten Sun Tianqin, der mit einer Maschine vom Typ Shen-yang F7 (chinesische Version der sowjetischen MIG 21) auf einem Flughafen in der Nähe von Seoul landete. Seinem Wunsch entsprechend durfte Sun Tianqin, dessen Familie während der Kulturrevolution politisch verfolgt worden war, am 24. August nach Taiwan ausreisen (The Korea Herald, 9./10./21.8.83).

Sun Tianqin ist der vierte Pilot aus der Volksrepublik China, der über Südkorea nach Taiwan flüchtete. Am 15. September 1961 war zwei chinesischen Zivildiplomaten die Flucht mit einer Transportmaschine vom Typ AN 2 gelungen. Am 16. Oktober 1982 flüchtete der VBA-Pilot Wu Ronggen mit einer MIG 19 nach Südkorea (s. auch C.a., Okt. 1982, Ü 17; C.a., Nov. 1982, Ü 44).

-sch-

(28) Neue Uniformen für die VBA

Die ersten Einheiten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) erhielten zum 1. August 1983, dem 56. Jahrestag der Armeegründung, neue Uniformen. Der militärische Garderobenwechsel dürfte einige Monate in Anspruch nehmen. Den Anfang machten die Ehrenformationen der drei Waffengattungen, die die neuen, an osteuropäische Militärröcke erinnernden Uniformen präsentieren (RMRB, 1.8.83).

-sch-

KULTUR

(29) Nationale Konferenz über allgemeines Schulwesen

Auf der nationalen Konferenz über das allgemeine Schulwesen, die vom 18. bis 28. Juli 1983 in Beijing stattfand (s. C.a. 1983/7, Ü 24), wurde eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die in einigen Bereichen bereits in Form von Empfehlungen des Erziehungsministeriums an die örtlichen Erziehungsbehörden weitergegeben wurden. Danach zeichnet sich für die einzelnen Schultypen folgende Politik ab:

1. Kindergarten

Auf der Konferenz wurde in Aussicht genommen, für alle sechsjährigen Kinder vor Beginn der Grundschule im Alter von sieben Jahren den einjährigen Besuch

des Kindergartens einzuführen. Nach Erreichung dieses Ziels soll die Kindergarten-erziehung allmählich ausgebaut und für alle Kinder ab drei Jahren eingeführt werden (XNA, 22.7.83). Wie es von offizieller Seite dazu hieß, sei die Nachfrage nach besseren Kindergärten nicht nur in der Stadt groß, sondern auch auf dem Lande ändere sich das Verhalten der Bevölkerung, indem sie in zunehmendem Maße bevorzuge, die Kinder in den Kindergarten zu bringen. In China gebe es gegenwärtig 130.000 Kindergärten mit 11,13 Millionen Kindern, 79,2 Prozent davon in ländlichen Gegenden (ebd.).

2. Grundschule

Bekanntlich will die VR China bis zum Jahre 1990 die allgemeine Schulpflicht einführen. Wie Erziehungsminister He Dongchang auf der Konferenz sagte, sei dieses Ziel schwer zu erreichen, aber es sei möglich. Laut Statistik hätten im Herbst 1982 93 Prozent aller Kinder im Alter zwischen 7 und 11 die Grundschule besucht. Das Ziel, das man sich mit der allgemeinen Schulpflicht gesetzt habe, bedeute, daß mindestens 95 Prozent Kinder die Schule besuchten und die Abschlusrate 80 bis 95 Prozent betrage (XNA, 26.7.83). Ein Haupthindernis ist jedoch der hohe Anteil der Kinder auf dem Lande, der die Schule vorzeitig verläßt, um den Eltern in der Landwirtschaft zu helfen, wodurch seit Einführung des Verantwortlichkeitssystems die Erträge für den Haushalt zu steigern sind, d.h., allgemein besteht auf dem Lande wenig Interesse, die Kinder zur Schule zu schicken und die Schule beenden zu lassen.

Angesichts dieses Tatbestandes machte der Erziehungsminister auf der Konferenz konkrete Vorschläge, wie man den allgemeinen Schulbesuch popularisieren könne (vgl. RMRB, 20.7.83, S.3): Um die Schulpflicht einzuführen, bedürfe es vor allem einer entsprechenden Gesetzgebung durch den Staat. Darüber hinaus aber seien weitere Bestimmungen und Anreize auf unterer Ebene erforderlich. Hier nannte der Minister an erster Stelle die schrittweise Abschaffung des Schulgeldes. Er führte auch Maßnahmen an, die einige Gemeinden zur Durchsetzung der Schulpflicht ergriffen hätten, außer Schulgeldbefreiung z.B. eine verbindliche Erklärung der Bevölkerung, ihre Kinder in die Schule zu schicken, sodann die Bestimmung, daß Jugendliche, die die Grundschule nicht beendet haben, weder Kader bei den Gemeinden oder Brigaden werden könnten, noch bei örtlichen Be-

trieben angestellt, noch in die Armee eintreten könnten. Schließlich kündigte der Minister an, daß ein Gesetzesentwurf zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht demnächst zur Beratung an den Ständigen Ausschuß des NVK gehen werde.

Der Anfang für eine Gesetzgebung wurde bereits gemacht: Am 16.8.1983 hat das Erziehungsministerium "Provisorische Bestimmungen bezüglich den grundlegenden Erfordernissen bei der Einführung der allgemeinen Grundschule" veröffentlicht (GMRB, 19.8.83). Das Dokument wurde an die örtlichen Stellen weitergeleitet mit der Auflage, die Bestimmungen entsprechend den örtlichen Bedingungen zu revidieren, Weisungen zu erteilen und Kontrollen durchzuführen, damit innerhalb der achtziger Jahre der allgemeine Schulbesuch grundsätzlich eingeführt werden könne. Die "Provisorischen Bestimmungen" legen im einzelnen fest, daß die Kinder rechtzeitig in die Schule kommen, eine bestimmte Anzahl von Jahren zur Schule gehen und den Grundschulabschluß erlangen; daß grundsätzlich über 95 Prozent aller Kinder im Schulalter die Schule besuchen; daß der Anteil derjenigen, die einen Schulabschluß erlangen, in den Städten über 95 Prozent zu betragen habe, auf dem Lande etwa 90 Prozent, wenn die Schulen relativ gut sind, und in den anderen Gebieten etwa 80 Prozent; daß etwa 95 Prozent aller Jugendlichen zwischen 12 und 15 Jahren eine Grundschulbildung haben sollen. Die Einheiten auf Provinzebene werden aufgefordert, jährlich die Kreise zu überprüfen, wie weit die "Provisorischen Bestimmungen" durchgeführt worden sind. Außerdem sollen sie wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Qualität der Lehrer zu verbessern sowie die finanziellen Mittel, Schulgebäude und Einrichtungen zur Einführung der allgemeinen Grundschulbildung bereitzustellen.

3. Mittelschule

Um die Reform der Mittelschule, wie sie auf der nationalen Konferenz über das allgemeine Schulwesen gefordert worden war, weiter voranzutreiben, gab das Erziehungsministerium am 10.8.83 ein Dokument unter dem Titel "Einige Ansichten über die weitere Anhebung der Qualität der Mittelschulbildung" heraus. Darin heißt es, daß die Aufgabe der Mittelschulen nicht nur darin bestehe, neue Studenten für die Hochschulen auszubilden, sondern die Schüler auch auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Die Mittelschulen sollten nicht nur die Zulassungsraten zur

Hochschule im Auge haben, sondern hätten auch auf eine bessere moralische, körperliche und allgemeinbildende Erziehung zu achten. Schwerpunkt der Erziehung sollten die ideologische Arbeit, Patriotismus und kommunistische Ideale, Moral, Rechtssystem, körperliche Arbeit und die Einschränkung bürgerlicher Gedanken sein. Hinsichtlich der Lehrinhalte soll eine bessere Angleichung an den jeweiligen Wissensstand bzw. das Bildungsziel erfolgen. So soll es vom Schuljahr 1984/85 an zwei verschiedene Arten von Lehrmaterialien geben: einmal solche, die den Anforderungen der oberen Mittelschule genügen, zum anderen revidierte, neu herausgegebene Materialien, die ein Grundwissen vermitteln und niedrigeren Ansprüchen genügen. Die Existenz der Schwerpunkt-Mittelschulen wird weiter bejaht, wobei ihnen Modell- und Experimentiercharakter zugewiesen wird (GMRB, 12.8.83).

Die Frage der Anhebung des Niveaus der Lehrer nimmt in dem Dokument einen wichtigen Platz ein. So wird vorgeschlagen, daß in Zukunft mehr Hochschulabsolventen als Lehrer an Mittelschulen eingestellt werden und daß die bereits an Mittelschulen tätigen Lehrkräfte sich einer zusätzlichen Berufsausbildung unterziehen (XNA, 12.8.83). Weiter wird vorgeschlagen, daß Schulen mit mangelhafter Lehrkapazität in Fremdsprachen gestattet werde, den Fremdsprachenunterricht ganz fallen zu lassen; entsprechend würden ab nächstem Jahr einige Hochschulen auch Mittelschulabsolventen ohne Fremdsprachenkenntnisse aufnehmen. Ähnlich sollten sich solche unteren Mittelschulen auf dem Lande, die nicht genügend Fachlehrer haben, auf den Unterricht in Chinesisch, Mathematik, Politik und landwirtschaftlichen Grundkenntnissen konzentrieren. Sowohl die städtischen als auch die ländlichen Mittelschulen werden in dem Dokument aufgerufen, technische und berufsbildende Kurse einzuführen (XNA, 12.8.83).

4. Berufsschule

Auf der nationalen Konferenz über das allgemeine Schulwesen kündigte Erziehungsminister He an, daß China das Verhältnis von Berufsschülern zu anderen Schülern der oberen Mittelschule bis zum Jahre 1990 von gegenwärtig 1:3 auf 1:1 steigern wolle. Dies sei Untersuchungen zufolge der für die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft errechnete Bedarf. Um dieses Ziel zu erreichen, empfahlen die Konferenzteilnehmer, mit der Umwandlung

regulärer Mittelschulen in Berufsschulen fortzufahren. Wie Statistiken des Erziehungsministeriums ausweisen, soll es in China im Jahre 1982 insgesamt 703.600 Berufsschüler und Schüler landwirtschaftlicher Mittelschulen gegeben haben. Hinzu kämen Schüler technischer Sekundarschulen und Schulen zur Ausbildung von Facharbeitern, die alle zusammen 26,3 Prozent aller Sekundarschüler der oberen Mittelschulen ausmachten. Die Zahl der regulären Sekundarschüler betrage 6.405.000 (XNA, 9.8.83).

Das vordringlichste Ziel im Erziehungswesen ist zweifellos die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, denn einem Kommentar in der Guangming-Zeitung (22.7.83) zufolge haben erst gut 600 Kreise (von 2137 Einheiten auf Kreisebene) die allgemeine Grundschulbildung eingeführt oder "grundsätzlich eingeführt". Und demselben Kommentar nach gibt es in China auch nach über dreißigjährigen Anstrengungen immer noch über 200 Millionen Analphabeten oder halbe Analphabeten. Aber Bildung kostet Geld, und dieses fehlt insbesondere in den unterentwickelten Gebieten Chinas. So müssen notgedrungen Kompromisse gemacht werden, die zu Lasten eines einheitlich hohen Niveaus gehen. Das alte maoistische Prinzip des "Gehens auf zwei Beinen" kommt wieder zur Geltung, indem man bewußt ein niedrigeres Niveau, also "Schmalspur-Schulbildung", zur Vorbereitung einer breiten Masse auf mittlere Berufe zuläßt, während man gleichzeitig Eliteschulen, nämlich die sog. Schwerpunkt-Schulen, zur Heranbildung von Hochschulwärtern fördert.

-st-

(30)

Arbeitererziehung

Parallel zur Konferenz über das allgemeine Schulwesen Ende Juli 1983 (vgl. C.a. 1983/7, Ü 24) fand in Beijing eine nationale Gewerkschaftskonferenz über Arbeitererziehung statt. Allgemeinbildung und technische Fortbildung seien zur Zeit unter den Arbeitern sehr gefragt, hieß es auf der Konferenz. Gegenwärtig besuchten gut 17 Millionen Arbeiter und Angestellte - etwa ein Sechstel aller Arbeiter und Angestellten - eine Schule, das seien 30 Prozent mehr als im Jahre 1981. Eine noch größere Zahl widme sich in der Freizeit dem Selbststudium. China plane, bis zum Jahre 1990 ein gut ausgebildetes Kontingent von Arbeitern heranzubilden, das durch Ausbildungsprogramme am Arbeitsplatz und Einstellung von

Absolventen von Hochschulen und technischen Mittelschulen entstehen soll. Durch Berufsbildung soll es möglich sein, daß die meisten Kader zwischen 1983 und 1990 wenigstens das Niveau technischer Sekundarschulen erreichen. Arbeiter sollen auf der Grundlage von Allgemeinbildung und technischer Fortbildung eine mittlere technische Ausbildung erhalten.

Die Gewerkschaften, so verlaute, hätten auf allen Ebenen Arbeiterschulen eingerichtet. Auf Provinzebene würden gegenwärtig von ihnen 66 Freizeithochschulen für Arbeiter betrieben, die von insgesamt 51.000 Arbeitern besucht würden. Zusätzlich gäbe es 1.440 Freizeitschulen für Arbeiter, die auf örtlicher Ebene von den Gewerkschaften betrieben würden. Insgesamt besuchten nahezu 3,3 Millionen Arbeiter diese Hochschulen und Schulen. Die örtlichen Gewerkschaften wurden aufgerufen, weitere technische Schulen auf Sekundarebene für Arbeiter zu errichten, weil viele Betriebe aufgrund ihrer begrenzten Kapazität dazu nicht in der Lage seien (XNA, 22.7.83).

Der Erfolg der chinesischen Modernisierungspolitik hängt nicht unwesentlich von dem Ausbildungsniveau der Arbeiterschaft ab. Den Gewerkschaften fällt hier eine zentrale Aufgabe zu, die allerdings nur längerfristig zu lösen ist.
-st-

(31) Ausbau des Schulwesens in Hebei durch private Spenden

Reiche Bauern in der Provinz Henan haben in den vergangenen fünf Jahren 230 Millionen Yuan zum Ausbau des ländlichen Schulwesens beigesteuert. Zusätzlich wurden aus den Kommunen und Produktionsbrigaden 150 Millionen Yuan für diesen Zweck zusammengetragen (GMRB, 6.8.83). Seit Einführung des Verantwortlichkeitssystems auf dem Lande sind die Bauern zunehmend daran interessiert, die landwirtschaftliche Produktion mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden zu steigern, und daher bestrebt, das Bildungswesen auszubauen, um der nachfolgenden Generation bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Aufgrund des Verantwortlichkeitssystems haben es viele Bauern zu Wohlstand gebracht. So soll sich dem selben Bericht zufolge in der Provinz Henan das Durchschnittseinkommen auf dem Lande pro Kopf von 70 Yuan im Jahre 1978 auf 224 Yuan im Jahre 1982 er-

höht haben. Die Bauern haben den Wert und die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung erkannt und deshalb freiwillig für den Ausbau des Bildungswesens gespendet. In der Präfektur Zhoukou z.B. wurden in den letzten fünf Jahren 80 Prozent der für Schulbauten benötigten Gelder von privater Hand gestiftet. Im Kreis Changge stiftete ein Bauer, dessen Einkommen jährlich über 5000 Yuan beträgt, 2000 Yuan und 70.000 Ziegel für den Bau einer Grundschule in seiner Brigade. Auch bei der Einrichtung der Schule beteiligte er sich, indem er 100 Pulte auf seine Kosten anfertigen ließ (GMRB, 6.8.83).

Das Beispiel zeigt, was durch private Initiative, wie sie durch das Verantwortlichkeitssystem gefördert wird, möglich ist und in welchem Maße sich dadurch die Lebensverhältnisse auf dem Lande bessern. Die Tatsache, daß die Guangming-Zeitung von diesem Beispiel auf ihrer ersten Seite berichtete, läßt das Interesse von offizieller Seite an privaten Initiativen dieser Art erkennen.
-st-

(32) Wissenschaftliche Forschungsprojekte

Wie die Guangming-Zeitung am 5.8.1982 mitteilte, sind für den größten Teil der 38 wissenschaftlichen Projekte, die der Staat für den Sechsten Fünfjahrplan (1981-85) als vordringlich ausgewählt hat, jetzt die Verträge unterzeichnet worden, so daß die Arbeit an diesen Projekten beginnen kann. Die Verträge wurden zwischen vom Staat beauftragten Institutionen, die für die Kontrolle und ordnungsgemäße Durchführung der Projekte verantwortlich sind, und den betreffenden Forschungsinstitutionen geschlossen. Die 38 vordringlichen wissenschaftlichen und technischen Forschungsprojekte waren Ende 1982 gemeinsam von der Staatlichen Planungskommission, der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik und der Staatlichen Wirtschaftskommission ausgewählt worden, um die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft voranzutreiben. Man rechnet damit, daß zwei Drittel der Projekte bis 1985 fertiggestellt sein werden (GMRB, a.a.O.). Von den 38 Projekten entfallen 7 auf die landwirtschaftliche Produktion, 4 auf Nahrungsmittel-, Textil- und Leichtindustrie, 8 auf den Energiesektor, 8 auf Geologie und Rohstoffe, 4 auf Maschinenbau und Elektronik, 2 auf Transportwesen, 1 auf die Entwicklung neuer Techniken und 4 auf die

gesellschaftliche Entwicklung (XNA, 29.6.83). Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Projekte, wie etwa die Züchtung neuer Getreidesorten, die Nutzung neuer Energiequellen und Rohstoffe sowie Offshore-Ölbohrungen, ist nicht zu verkennen.
-st-

(33) Universitäten für Auslandschinesen

In China gibt es gegenwärtig zwei Universitäten, die in erster Linie Chinesen aus Hong Kong, Macao und Taiwan sowie Auslandschinesen zur Verfügung stehen: die Jinan-Universität in Guangzhou und die Universität für Auslandschinesen in Fuzhou. Aufgrund eines kürzlich erfolgten ZK- und Staatsratsbeschlusses sollen sich diese beiden Universitäten fortan von anderen Universitäten in Bezug auf Fachrichtungen, Lehrpläne, Anforderungen und Verwaltung unterscheiden. Einige Kurse sollen in Fremdsprachen gegeben werden; überdies sollen Wissenschaftler aus Hong Kong, Macao und Auslandschinesen als Dozenten an diese beiden Universitäten eingeladen werden. Der Vorstand der beiden Universitäten soll sich aus Chinesen und Auslandschinesen zusammensetzen. Die beiden Hochschulen sollen bevorzugte Behandlung genießen in Bezug auf finanzielle Mittel, Schulgebäude, Unterrichtsmaterialien, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen. Wie es heißt, haben die beiden Universitäten und die Universität Shenzhen (Guangdong) gerade 524 Studenten aus Hong Kong, Macao und Taiwan sowie Auslandschinesen aus anderen Ländern aufgenommen. In diesem Jahr soll sich die Zahl der Bewerber gegenüber dem Vorjahr erhöht haben, weil die Bewerber ihre Aufnahmeprüfung zum erstenmal auch in Hong Kong ablegen konnten. Bisher mußten sich Bewerber von Orten außerhalb der VR China an den einheitlichen nationalen Aufnahmeprüfungen beteiligen (XNA, 15.8.83).

Die bevorzugte Behandlung von Studenten von außerhalb der VR China und das Werben um diese Studenten von seiten der Volksrepublik sollen das Zusammengehörigkeitsgefühl insbesondere Hong Kongs, Macaos und Taiwans mit dem chinesischen Mutterland unterstreichen. Außerdem hofft die VR China, ihren eigenen Studentennachwuchs mit gut vorgebildeten Kräften zu ergänzen.
-st-

(34) Fachzeitschrift betreibt Fernhochschule

Die Zeitschrift "Jingji Guanli" (Wirtschaftsverwaltung) hat kürzlich in Zusammenarbeit mit entsprechenden Hochschulen, Industrie- und Bergbauunternehmen eine Fernhochschule gegründet. Diese Fachhochschule ist in erster Linie für Verwaltungskader oberhalb der mittleren Ebene zur Fortbildung gedacht. Da die Hochschule von der Zeitschrift betrieben wird, braucht sie kein staatliches Kapital zum Bau von Schulgebäuden. Für Unterrichtszwecke werden vorhandene Einrichtungen von Hochschulen, Wirtschaftsforschungseinheiten und Betrieben benutzt, von denen auch Lehrer und Experten bezogen werden. Gegenwärtig gibt es in ganz China 38 Niederlassungen dieser Hochschule; in diesem Jahr sollen über 8000 Studenten aufgenommen werden. Grundlage des Studiums ist das Selbststudium, die Lehrmaterialien sollen in der Zeitschrift erscheinen (GMRB, 20.7.83).

Es handelt sich hier um eine der zahlreichen Initiativen, um das fachliche Wissen von Kadern anzuheben und dem generellen Mangel an fachlichen Ausbildungsstätten abzuwehren. Die Fernhochschule ist in China eine weitverbreitete Einrichtung, weil sie mit relativ wenig Mitteln aufzubauen ist und hohe Studentenzahlen bewältigen kann.

-st-

(35) Hochschulausbildung in Tourismus

Wie die staatliche Tourismus-Verwaltung kürzlich bekanntgab, ist das ehemalige Zweite Fremdspracheninstitut in Beijing in eine Hochschule für Tourismus umgewandelt worden mit dem Zweck, mehr Dolmetscher und Verwaltungspersonal für die wachsende Tourismus-Industrie auszubilden. Das Institut kann seinen alten Namen weiter führen. Die Studentenzahl wird von bisher 1100 auf 3000 gesteigert. Zu den bereits bestehenden Spezialfächern Tourismus-Wirtschaft, Englisch, Japanisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Russisch und Arabisch kommen neu die Fächer Hotel-Management sowie Buchhaltung und Statistik für touristische Zwecke hinzu. Außerdem sollen an dem Institut ein Forschungszentrum für Tourismus eingerichtet und Fortbildungskurse für im Tourismus Tätige durchgeführt werden. Gegenwärtig arbeiten mehr als 60.000 Dolmetscher, Hotelbedienstete und Büroangestellte

im Tourismusgewerbe. Im Jahre 1982 hat China gut 1,5 Millionen ausländische und auslandschinesische Touristen empfangen. Es gibt eine weitere Tourismus-Hochschule und daneben fünf Hochschulen, die Spezialfächer für Tourismus anbieten. Darüber hinaus werden an drei örtlichen Tourismus-Schulen Hotelbedienstete, Köche und Buchhalter ausgebildet (XNA, 6.8.83).

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT

(36) Neue Devisenkontrollbestimmungen erlassen

Am 1.8.1983 hat die Volksrepublik neue Devisenkontrollbestimmungen veröffentlicht, aufgrund derer den ausländischen Unternehmen, die sich an der gemeinsamen Ausbeutung der chinesischen Öllager vor der Küste beteiligen, eine Vorzugsbehandlung gewährt wird. Die Bestimmungen wurden zur Durchführung der Vorschriften für ausländische, überseechinesische und chinesisch-ausländische Unternehmen formuliert, die in den am 18.12.1980 in Kraft getretenen provisorischen Regelungen für die Devisenkontrolle enthalten sind.

Ausländische Unternehmen, die an der Ölsuche im Südchinesischen Meer beteiligt sind, können Gelder für unabhängige Probebohrungen oder gemeinsame Ölerschließungsarbeiten nun bei ausländischen Banken oder Banken in Hongkong und Macao deponieren. Sie können auch ausländische Arbeiter, Subcontractors, Lieferfirmen, Vermittlungen und Dienstleistungen direkt außerhalb Chinas bezahlen. Ausländische Investoren können außerdem Produkte aus Aufschließungsprojekten, die sie als Dividendenanteile erhalten, außer Landes bringen oder in China verkaufen und frei über die Einnahmen verfügen, nachdem Steuern und andere fällige Zahlungen beglichen sind.

Wie die chinesische Devisenkontrollbehörde erklärte, bleibe es Chinas langfristige Politik, Überseechinesen, Landsleuten aus Hongkong und Macao sowie ausländische Investoren zu Investitionen oder zur Führung gemeinsamer Unternehmen in China zu ermutigen. Sie können ihre Valuta-Einnahmen nach eigenem Ermessen verwenden und brauchen sie nicht an die Bank of China zu verkaufen. Ihre normalen Devisenausgaben können Sie von ihren Depositenkonten bestreiten. Sie

können ebenfalls in China oder anderen Ländern Kredite aufnehmen. Ihre Nettogewinne nach Abzug von Steuern können von ihren Deviseneinlagekonten ins Ausland überwiesen werden, und wenn sie ihr Devisenkapital aus China überweisen wollen, können sie bei der staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle oder deren Zweigbüros einen Antrag stellen und die Überweisungen von ihren Deviseneinlagekonten durchführen. Die Regierung erklärte, daß zu Verrechnungszwecken und für die Einrichtung von Konten innerhalb Chinas der Renminbi genutzt werden soll, jedoch könnten, um überseechinesische Unternehmen, ausländische Unternehmen und chinesisch-ausländische Unternehmen zu unterstützen und ihre Geschäfte zu erleichtern, andere ausländische Währungen benutzt werden, wenn Waren, die China importieren muß, oder Waren, die China exportiert, verkauft bzw. von China gekauft werden und wenn Verträge mit chinesischen Aufbaufirmen unterzeichnet werden (XNA, 1.8.83).

-lou-

(37) Chinas Außenhandel wächst weiter

In der ersten Hälfte dieses Jahres erzielte die Volksrepublik einen Handelsüberschuß von 2,4 Mrd. US\$. Dies teilte Huang Wenjun, ein Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel, mit. Der Wert der Exporte betrug 10 Mrd. US\$, 2,2% weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Real sei damit das Exportvolumen immer noch um 11,9% angestiegen. Der Importwert erreichte 7,58 Mrd. US\$, das waren 2,9% weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres und ein realer Anstieg von 13,2%.

Bei den Exporten nahmen landwirtschaftliche, Nebenerwerbs- und Landesprodukte zu, während ein Rückgang bei Rohöl, Kohle, Stahl und Zement zu verzeichnen war. Bei den Importen nahmen Kunstdünger, Getreide, Zucker, Stahl, Nicht-Eisenmetalle, Bauholz, Gummi, Einzelausrüstungen und Instrumente beträchtlich zu, während ein Rückgang bei Baumwolle, synthetischen Fasern und kompletten Ausrüstungen zu verzeichnen war (XNA, 5.8.83).

-lou-

(38) Die Volksrepublik verlangt deutsche Finanzhilfen

China hat der deutschen Wirtschaft mit dem Verlust von Aufträgen gedroht, wenn die Finan-